

BESINNING AUF DIE DEMOKRATIE

Krise und Zukunft des Parteienstaats

Die Republik ist aus ihrer geistigen Not zu befreien – sonst wird der Niedergang der Demokratie nicht aufzuhalten sein. Es geht ja um mehr als Rentenreform, Mietpreisbremse, Krankenversicherung, Klima. Es geht um Sinnfragen. Wie sollen erfülltes Leben und Zusammenleben gestaltet werden?



VON **WERNER
WEIDENFELD**

Die Fliehkräfte der Gesellschaft sind offenbar nicht aufzuhalten. Die Koordinatensysteme der Republik sind verschoben, ja verschwunden. Parteiführungen sind zum Hort der Egos degeneriert. Die Traditionsparteien – Union, SPD, FDP – wechseln sich ab, ihr jeweils schlechtestes Wahlergebnis zu erzielen. Mal ereilt dies die SPD, mal – wie jüngst in Hamburg – die CDU, und dann verschwindet die FDP wieder aus dem Parlament. An dem grundsätzlichen Befund wird auch das Management der Corona-Krise nichts ändern. Eher ist die Gefahr groß, dass sich in der Rückschau der Verdruss verstärkt.

Die jeweiligen Führungen der Parteien sind verschlissen und begeben sich auf langwierige Erneuerungsreisen, ohne dass der jeweilige Hort der Egos wirklich in die Ecke gestellt würde, um nicht weiter zu stören. Zutiefst irritierte Parteiführungen weisen eine fatale Richtungslosigkeit auf. Da gehen die re-

gionalen Parteiführungen auf Distanz zur Bundesspitze und sammeln so wenigstens bescheidene Erfolge ein. Dramatische Begriffe zur Führungskunst der Parteien bestimmen die Überschriften der Medien: Chaos, Tohuwabohu, Desaster, Schande, Irrlichtern, Hara-kiri, Sackgasse, Selbstvergiftung. Man kann diesem Phänomen eine gemeinsame Überschrift geben: Machtkämpfe.

Die SPD führte ebenso wie die CDU das Drehbuch einer Parteitragödie vor: monatelanges Kandidatenrennen quer durch die Republik, mit bescheidenen Ergebnissen und regionalen Distanzierungen von der neuen Führung. Die CDU zeigte Bereitschaft zu Kampfkandidaturen, als die Bundeskanzlerin den Parteivorsitz aufgab. Aber der Kampf führte zu einem Ergebnis, das nur wenige Monate Bestand hatte. Und dann begann der zweite Akt der Kampfkandidaturen.

Die überragende, eindrucksvolle Besetzung von Spitzenämtern mit herausragenden Persönlichkeiten sieht im Übrigen anders aus. Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans stehen für eine SPD ohne flächendeckenden program-

matischen Aufbruch, ohne Zentrum, ohne politische Kraft. Und so gleitet der Blick bereits weiter: auf Generalsekretär Lars Klingbeil.

Auch der Machtkampf um die CDU-Führung bringt keinen neuen normativen Horizont, sondern ein Angebot unterschiedlicher Politikertypen. Mit Friedrich Merz wurde wieder ein ausgeprägter Ich-Politiker präsentiert, welcher bestenfalls mit Gerhard Schröder ein gelungenes Erscheinungsbild in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hatte. Dieser Typ ist absolut überzeugt, der Richtige zu sein und den permanenten Kampfmodus bieten zu können. In etwas bescheidenerer Fassung kann man dies auch bei Norbert Röttgen besichtigen. Armin Laschet dagegen bietet eine ganz andere Inszenierung: väterlich, sanft lächelnd und die Anhänger – in Nicht-Corona-Zeiten – umarmend. Für weitere programmatische Konturen kann er im Bedarfsfall Jens Spahn aufbieten.

Unübersehbare Lähmung

Die politische Lähmung der CDU bleibt gleichwohl unübersehbar. Dieses Phä-



CDU-Wahlwerbung mit Angela Merkel: „Erfolgreich für Deutschland“ – wirklich? Sie erschuf wohl eher eine gelähmte Republik

nomen vermittelt sie nicht zum ersten Mal. Auch als die Ära Adenauer zu Ende ging, fand eine Machtimplosion statt. Und so war es auch, als nach vielen Jahren Bundeskanzler Kohl abtreten musste. Kein Wunder also, dass sich zum Ende der Ära Merkel wieder eine Leerstelle auftut.

Die Leerstelle gibt es aber auch über die Union hinaus. Angela Merkel hat viele Maßnahmen als „alternativlos“ verkauft. Sie hat höchst erfolgreich eine asymmetrische Demobilisierung praktiziert – mit der schnellen Übernahme seiner Ideen hat sie dem politischen Gegner immer wieder die Themen und damit die Profilierungsmöglichkeit genommen. Und jetzt weiß niemand eine neue machtphänomenale Gedankenwelt aufzubieten, die Erfolge garantiert.

Wie weit hat sich nun die SPD von der großen Epoche eines Willy Brandt entfernt? Wie weit die CDU von ihrer Ära eines Konrad Adenauer, eines Helmut

Zur politisch-kulturellen Indisponiertheit kam eine noch dramatischere Krise, die die Republik erfasste: Die Bekämpfung des Coronavirus verändert das soziale Leben

Kohl? Und die FDP von ihrer Erfolgsgeschichte des Hans-Dietrich Genscher? Allein diese knappen Hinweise zeigen das Ausmaß der geistigen und strategischen Verödung des Parteienstaats.

In diesem politischen Drama den Überblick zu behalten erscheint geradezu unmöglich: komplexe Konflikte, furioses Personalgeschacher, divergierende Interessenlagen, drastische Machtspiele. Hilfreich kann es sein, die verschiedenen Akte dieses Dramas

auseinanderzuhalten: Zeit der strategischen Sprachlosigkeit, Ära der Konfusion, Suche nach zukunftsfähigen Antworten.

Was ändert die Corona-Rezession?

In dieser Zeit politisch-kultureller Indisponiertheit und strategischer Konfusion wurde die Republik von einer noch dramatischeren Krise erfasst: Das Corona-Virus bedeutet eben nicht nur gesundheitliche Gefährdung, sondern die von den Regierungen eingeleiteten Schutzmaßnahmen erfassen das soziale Leben in tiefgreifendster Form – von der Schließung von Schulen, Kindertagesstätten, Universitäten, Sportstätten, Theatern und Ladengeschäften bis hin zur Einschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit.

Die ökonomischen Konsequenzen bedeuten eine existenzielle Wirtschaftskrise in allen Bereichen der Volkswirtschaft. Wie soll diese Republik ►►

►► damit umgehen? Es bleibt nur ein großes Fragezeichen in dieser Ära des Niedergangs des Parteienstaats.

Das Unterfutter des gesellschaftlichen Klimas wird vor diesem Hintergrund in der nächsten Zeit noch rauer und aggressiver werden. Das wäre nur anders, wenn die Politik die jetzt anstehenden großen Aufgaben mit überzeugenden und sinnstiftenden Ideen aus dem öffentlichen Raum heraus gestaltete, rational die Mitverantwortung der Bürger praktizierte und die Lösungen als deren Repräsentanten umsetzte.

Gelingt ihr das, wie zu befürchten ist, nicht, werden die Wahlergebnisse das entsprechend quittieren. Sie belegen im Blick auf die Traditionsparteien das jeweilige Führungsdilemma ebenso wie den Autoritätsverlust. Diese Legitimationskrise wird sich dann auch künftig als lähmender Mehltau über die Politik legen. Der Traum vom Aufbruch in eine neue historische Epoche mit erfüllender Sinnstiftung sieht anders aus.

Gefahr durch Extremisten

Die Dringlichkeit der Fragen zur Lage der Republik wächst von Tag zu Tag. Die unübersehbare Erosion der politisch-kulturellen Grundlagen trifft nun zusammen mit einer Wirtschaftskrise ungekannten Ausmaßes. Der Markt für populistische Einfach-Slogans, auch mit extremistischer Zuspitzung, bekommt da hohe Konjunktur.

Das beschriebene Deutungs- und Erklärungsdefizit der Politik schmerzt. Es sind tektonische Verschiebungen, die die Republik ins Wanken gebracht haben. Der suchende Bürger wird allein gelassen. Die bisherigen Interpretationshilfen von rechts und links, von konservativ und progressiv helfen nicht mehr weiter. Und die punktuelle Sprunghaftigkeit in der politischen und medialen Erörterung der Megathemen wird begleitet von den üblichen Machtattacken.

Die Politik begegnet den großen historischen Herausforderungen – von der Bewältigung der Corona-Rezession über die Digitalisierung bis zur neuen demografischen Komposition der Gesellschaft, von der neuen Völkerwanderung über die terroristischen Gefahren bis zur aktuellen weltpolitischen Risikolandschaft – entweder mit situativem

Krisenmanagement oder mit Ratlosigkeit. Die Sehnsucht der Bürger nach strategischen Zukunftsperspektiven, nach Antworten auf elementare politische Sinnfragen bleibt unbeantwortet.

Jede Gesellschaft verlangt jedoch zum konkreten Verstehen des politischen Lebens Deutungsmuster, Kontexte, Gesellschaftsbilder, Zukunftsstrate-

Neue geistige Vitalität wird Deutschland und Europa nicht aus bürokratischen Mammutverträgen erwachsen

gien. Solche höheren Erwartungen an die politische Führung sind nicht von irrealen Ansprüchen getragen. Das zeigt ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland:

Ein Konrad Adenauer lieferte nach der katastrophalsten Epoche der deutschen Geschichte eine neue Aufbauperspektive. Er bot eine wirkungsvolle Vertrauensarchitektur mit der Einigung Europas und der Westbindung. So kreierte er – mithilfe Ludwig Erhards – das Wirtschaftswunder und gewann bei den Wahlen 1957 sogar die absolute Mehrheit. Das tiefe Gegeneinander im Ost-West-Konflikt entschärfte Willy Brandt mit seiner Entspannungspolitik. Helmut Kohl avisierte die „geistig-moralische Wende“, um dann „die Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ auf den Weg zu bringen. Das waren markante Orientierungshilfen. Und schließlich wurde die Überwindung der Teilung Deutschlands und der Teilung Europas zum eindrucksvollen Thema und zu markanten Kapiteln in den Geschichtsbüchern.

Parlamente als Ort der Demokratie

Aber was ist nun zu tun, um die Republik aus ihrer heutigen geistigen Not zu befreien? Drei Antworten bieten sich an: Vor dem Hintergrund, dass das Defizit an gesellschaftlicher Deutung und Erklärung zu den aktuellen Grundproblems der politischen Kultur gehört und der Zusammenhalt der Gesellschaft erodiert, muss die strategische Sprachlosigkeit überwunden werden.

Zumindest die nächste Generation sollte wieder in der Lage sein, strategische Problemlösungen zu entwickeln und umzusetzen. Die Schrittfolge strategischen Denkens ist klar: präzise Problemdefinition, normative Prämissen, Abwägung von Stärken und Schwächen, Entscheidungsprozesse, operative Umsetzung, Reziprozität der Perspektiven, Antizipation von Konstellationen.

Zweitens braucht auch Europa – genau wie Deutschland – den Aufbau einer strategischen Kultur. Neue geistige Vitalität wird Deutschland und Europa allerdings nicht aus bürokratischen Mammutverträgen erwachsen. Europa kann durchaus als rettende Antwort auf die Globalisierung und die damit verbundenen Konflikte ein neues Ethos entwickeln. Eine komplizierte politische Wirklichkeit, die ihre Identität sucht, braucht indes den Ort kollektiver, repräsentativer Selbstwahrnehmung. In der klassischen Lehre der repräsentativen Demokratie ist dieser Ort das Parlament.

Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sind heute jedoch weit davon entfernt, der öffentliche Ort der Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft mit Zukunftsbildern zu sein. Die Parlamente müssen ihre Rolle sensibler und intensiver verstehen und umsetzen. Das wäre ein entscheidender Beitrag zur notwendigen Legitimation.

Schließlich muss die Politik jenseits der vielen Detailfragen ihre elementaren Zukunftsaufgaben definieren, um die strategischen Themen prioritär anzugehen. Diese Definition kann lauten:

- Sicherheit
- Klima- und Umweltschutz
- Gesundheitswesen
- digitalisierte Arbeitswelt.

Zu diesen vier elementaren Existenzsicherungen gilt es eine sehr intensive Kommunikation zu betreiben. Wer die Republik der verunsicherten, ratlosen Sinnsucher aus ihrer geistigen Not befreien will, dem geht es nicht um Traumtänzerie in eine neue historische Epoche. Es geht um die normativ fundierte Gestaltung von Interdependenz.

Dieser Gestaltungsraum bedarf der überzeugenden Legitimation und der effektiven und klugen Führung. Nur so ist die Republik zu retten: durch Orientierung. ■